

## Berichte

### Die Zweite Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung

Vom 20. bis 24. August 1957 fand in Erlangen und München die Zweite Internationale Genossenschaftswissenschaftliche Tagung statt, zu der das Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen in Verbindung mit den Genossenschaftsinstituten an den Universitäten Frankfurt, Marburg, Münster und Wien eingeladen hatte. Etwa 250 Vertreter von Wissenschaft und Praxis aus 24 Ländern leisteten dem Ruf zu dieser Tagung über „Die kulturelle, soziale und ökonomische Lage des Genossenschaftswesens“ Folge und rechtfertigten damit allein schon die Initiative der Veranstalter.

Den Reigen der Referate und Aussprachen eröffnete der ehemalige finnische Ministerpräsident, Dr. h. c. Vainö Tanner, mit einem Festvortrag über „Die Genossenschaftsidee als staatsbildende Kraft der Demokratie“. Tanner vertrat die Auffassung, daß Genossenschaft und Demokratie aus dem gleichen Geiste leben und, was die tragende Idee bei der Meisterung des Spannungsverhältnisses von Individuum und Gemeinschaft angeht, wesensverwandt sind. In jeder Gemeinschaft, so meinte der Redner, müsse die Freiheit der zugehörigen Individuen begrenzt werden. In der Idee des demokratischen Staates aber wie der Genossenschaft liege es, daß die notwendige Einordnung auf Grund innerer Verbundenheit der gemeinschaftsbildenden Individuen in ethischer Grundhaltung und praktischen Zielsetzungen freiwillig erfolge. Aus dieser Gemeinsamkeit der Grundidee folge zwar nicht, daß das Genossenschaftswesen die allein adäquate wirtschaftliche Ergänzung der staatlichen Demokratie darstelle. Man dürfe aber sagen, daß eine politische Demokratie ohne wirtschaftliche Demokratie unvollständig sei und diese ihren reinsten Ausdruck im Genossenschaftswesen finde. Wenn man glaube, wirtschaftliche Demokratie durch eine Umstellung des Produktionsmittelbesitzes auf Aktien und deren weitgehende Streuung und Stückelung erreichen zu können — eine Konzeption, für die oft die Bezeichnung „Volkskapitalismus“ gewählt werde — so vergesse man, daß solcher Aktienbesitz allein kaum eine innere Verbundenheit der Aktien-

besitzer verbürge und nur einen sehr losen Kontakt mit den Lebensproblemen der Unternehmung bringe. Auch verbürge er kaum einen Anteil an der Unternehmensleitung. Erst wenn man die Kapitalgesellschaften in Personalgesellschaften umwandeln würde, kämen sie demokratischen Idealen nahe. Dann bestünde aber auch kein großer Unterschied zu den Genossenschaften mehr. Der Weg der Sozialisierung der Unternehmung sei deshalb nicht gangbar, weil die wachsende Gefahr bestehe, daß die Entfaltungsmöglichkeit des Individuums zu stark beschnitten würde und die Demokratie in der Bürokratie erstickte.

Am 22. August referierte vormittags Professor Dr. Back über „Das Genossenschaftswesen im Strukturwandel des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens“. Ihm ging es vor allem um die Zukunft der Genossenschaften. Mit Nachdruck betonte Back, daß für die Genossenschaften die Wahrnehmung unternehmerischer Aufgaben unumgänglich sei. Natürlich hätte sich das Genossenschaftswesen im Anfang seiner Entwicklung als Gegensatz zur unternehmungswise organisierten Gesellschaftswirtschaft empfinden müssen. Inzwischen seien die Genossenschaften aber in eine Form und Größe hineingewachsen, die es ihnen unmöglich mache, abseits des technischen Fortschritts zu stehen. Ganz besonders verwies Back dabei auf die Notwendigkeit, sich mit den Problemen der Automation zu befassen. Er sprach die Vermutung aus, daß sie bedeutsamere Umwälzungen in der Produktionstechnik als die erste industrielle Revolution und selbst die wirtschaftliche Nutzung der Atomenergie bringen würde. Neuartige wirtschaftliche Möglichkeiten komplexester Natur könnten erschlossen werden, die zugleich neue Organisationsformen, wahrscheinlich die Wahrnehmung von Betriebs- und Marktfunktion in getrennten Wirtschaftsgebilden und im ganzen eine mehr personalistische Ordnung bringen würden. In diesem Prozeß gelte es für die Genossenschaften den Anschluß nicht zu verlieren und unternehmerische Wagnisse einzugehen.

Die These Backs, daß die Genossenschaften Unternehmenscharakter annehmen sollten und teilweise schon besitzen, blieb nicht unwidersprochen. In der Diskussion zeigte sich jedoch, daß Back mit seiner Forderung nach unternehmerischer Initiative bei den Genossenschaften nicht meinte, daß deren Verhalten vom individualistischen Profimotiv getragen werden sollte. Back ging es vielmehr nur darum zu zeigen, daß die Genossenschaften unternehmerische Aufgaben im Sinne Schumpeters, d. h. die Durchführung neuer Produktionsmittelkombinationen wahrnehmen können, ja sogar müssen, wenn sie die ihnen arteigene soziale Funktion in unserer Zeit mit Erfolg verwirklichen wollen.

Am Nachmittag tagte man in drei getrennten Arbeitsgruppen. Die erste Arbeitsgruppe behandelte „Internationale Grundsätze des Genossenschaftsrechts“. Professor Dr. Valko vom Washington State College, Iowa, machte in seinem einführenden Vortrag zunächst darauf aufmerksam, daß von Land zu Land große Unterschiede nicht nur im Genossenschaftswesen selbst, sondern auch im Genossenschaftsrecht bestünden. Es sei deshalb schwer, international verbindliche Normen genossenschaftsrechtlicher Art aufzustellen, wenn man von einigen wenigen und tatsächlich unabdingbaren Grundprinzipien absehe. In keinem Land dürfe die Gesetzgebung von dogmatischen und am grünen Tisch gewonnenen Vorstellungen über das Genossenschaftswesen ausgehen. Es müsse vielmehr ständig der tatsächlichen Entwicklung des Genossenschaftswesens Rechnung getragen werden.

In der Arbeitsgruppe II, die „Sonderprobleme der genossenschaftlichen Betriebsgestaltung“ besprach, wurde nochmals das Thema Automation angeschnitten. Professor Dr. Kirsch, Marburg, führte, nachdem er einen allgemeinen Überblick über Wesen und Formen der Automation gegeben hatte, in seinem Vortrag aus, daß Automation — oder besser gesagt Automatisierung — nichts grundsätzlich Neues sei und brachte, den eindringlichen Ruf Backs nach Automatisierung etwas abschwächend, zum Ausdruck, daß es sehr reiflicher und vorsichtiger Prüfung ihrer Anwendungsmöglichkeiten bedürfe, ehe man sich in Investitionen stürze. Er sah Möglichkeiten für die Anwendung der Elektronik vor allem im Buchungs- und Rechnungswesen der Genossenschaften. Dabei würden allerdings zentrale Buchungsstellen und ein gemeinsames Rechnungswesen geschaffen werden müssen.

Die Arbeitsgruppe III befaßte sich mit „Möglichkeiten und Grenzen des Genossenschaftswesens in unterentwickelten Ländern“. Mr. Lamming vom Internationalen Arbeitsamt in Genf ließ in seinem als Diskussionsgrundlage dienenden Referat ganz klar werden, daß der Aufbau von Landwirtschaft und Industrie in den sogenannten unterentwickelten Ländern überall ein nachhaltiges Eingreifen des Staates erfordert und die Genossenschaften zwar staatlich gefördert, aber auch überwacht werden und sich bei ihrer Tätigkeit als Glieder in mehr oder minder umfassende Planungen des Staates einzufügen haben. Es wurde deutlich, daß die Grenzen der Autonomie der Genossenschaft in den Entwicklungsländern anders gesetzt sind als im Westen und die Gründung von Genossenschaften dort im allgemeinen nicht als spontaner Selbsthilfeakt der Mitglieder erfolgt, sondern vom Staat initiiert wird, der vielfach auch die Vorbedingungen für die Bildung von Genossenschaften erst schaffen muß (Aufteilung von Boden, Heranbildung geeigneter Arbeitskräfte und zur Leitung befähigter Personen, Anregung des Sparwillens usw.).



Die Aussprache, in welcher viele der anwesenden Vertreter von Entwicklungsländern selbst das Wort ergriffen, bestätigte die Ausführungen Lammings auf das nachdrücklichste. Wohl allen Teilnehmern drängte sich die Frage auf, ob die Genossenschaften dieser Länder überhaupt als echte Genossenschaften zu betrachten sind. Kaum jemand konnte sich aber auch der Tatsache verschließen, daß es verfehlt wäre, Wirtschaftsordnung und Genossenschaften dieser Länder einfach in den kollektivistischen Topf zu werfen, solange die für sie typischen Mischformen von Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, von Genossenschaft und Kollektiv samt ihrer besonderen Mit- und Umweltbedingtheit nicht eingehender erforscht sind.

Am Vormittag des 23. August sprach Mr. Watkins, Direktor des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB), London, über „Aufgaben und Möglichkeiten des Genossenschaftswesens in unserer Zeit“. Ihm ging es zunächst um eine Klärung der Aufgaben und Möglichkeiten einzelner Sparten des Genossenschaftswesens in den hochentwickelten Ländern des Westens. Er warf die Frage auf, ob die Konsumgenossenschaften angesichts der ständigen Revolutionierung von Warenverteilung und Konsumentennachfrage ihre Rolle nicht ausgespielt hätten. Watkins verneinte diese Frage. Nach wie vor käme den Konsumgenossenschaften Bedeutung als gegengewichtige Marktkraft zu. Sie müßten sich allerdings, wenn sie fernerhin eine tragende Rolle in der Warenverteilung spielen wollten, stärker der Bereitstellung langlebiger Konsumgüter widmen. Dabei sei die Zusammenarbeit einzelner Genossenschaftssparten, wie etwa der Bau- und Konsumgenossenschaften beim Möbelangebot, besonders zu pflegen. Die ländlichen Genossenschaften könnten bei der zunehmenden Mechanisierung der Landwirtschaft wertvolle Hilfe bieten und, indem sie die Annehmlichkeiten des Stadtlebens auf das Land tragen, der Landflucht entgegenwirken. Die Ansicht, daß die gewerblichen und die Produktivgenossenschaften keine Zukunft mehr hätten, da der moderne Großbetrieb sie technisch überholt habe, sei irrig. Die moderne Wirtschaft brauche auch den Kleinbetrieb und könne von den Produktivgenossenschaften lernen, das industrielle System zu menschlichen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen kam Watkins auf die Bedeutung der Genossenschaften in den Entwicklungsländern zu sprechen. In Übereinstimmung mit den in der Arbeitsgruppe III erarbeiteten Leitgedanken vertrat Watkins die Auffassung, daß dem Genossenschaftswesen dort durchaus Möglichkeiten offenstünden. Die Genossenschaften könnten mehr als jede andere Bewegung dazu beitragen, daß beim Übergang von einer veralteten zu einer modernen

Wirtschaft der Sinn für soziale Verantwortung nicht verloren gehe. Der Durchsetzung der Genossenschaftsbewegung komme dabei die Tatsache entgegen, daß das Anlaufen des Umstellungsprozesses in diesen Ländern die Entwicklung kleinbetrieblicher Formen voraussetze, diese aber für den genossenschaftlichen Zusammenschluß besonders geeignet seien.

Mit Nachdruck glaubte Watkins darauf hinweisen zu müssen, daß die Entwicklung von Genossenschaften nicht über einen gewissen Punkt hinaus forciert werden könne, ohne Schaden zu leiden. Viele Politiker in den Entwicklungsländern hätten — aus dem verständlichen Gefühl heraus, die Zeit laufe ihnen davon — den Drang, Treibhausmethoden beim Aufbau und der Ausbreitung von Genossenschaften anzuwenden. Dieser Drang müsse jedoch in Grenzen gehalten werden.

Gleich im Anschluß an Watkins referierte Dr. Klusak, Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V., über „Internationale genossenschaftliche Zusammenarbeit“. Dr. Klusak hob drei Bereiche dieser Zusammenarbeit hervor: Erfahrungsaustausch, Warenaustausch und die Förderung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern. Er vertrat die Auffassung, daß dem Erfahrungsaustausch die größte Bedeutung zukomme. Der Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen Genossenschaften verschiedener Länder seien Grenzen gesetzt durch den Umstand, daß — hierzu wäre freilich manches zu sagen — die Reziprozität der Vorteile nur dann einigermaßen gesichert sei, wenn von Genossenschaft zu Genossenschaft direkt Ware gegen Ware getauscht werde. Bei der Tätigkeit zur Förderung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern komme es neben der technischen Hilfeleistung vor allem darauf an, daß für eine ausreichende Selbständigkeit der genossenschaftlichen Selbsthilfe gesorgt sei und der Staat sich nach seiner Starthilfe zurückziehe. An Hilfsmöglichkeiten, welche die Genossenschaften hochentwickelter Länder bieten könnten, nannte Dr. Klusak im einzelnen die Erforschung der Realisierungsbedingungen von Genossenschaften in unterentwickelten Ländern, die Anwerbung und Entsendung von Fachleuten, die Gewährung von Stipendien und das Abhalten von Schulungskursen.

Die Diskussion brachte in manchen Punkten eine Detailierung und Vertiefung sowohl der Ausführungen von Watkins wie von Dr. Klusak. Vertreter von Entwicklungsländern betonten, daß die ins Auge gefaßte Hilfe rasch und nachhaltig erfolgen müsse, wenn sie von Wert sein solle. Sie bestätigten damit in gewissem Sinn die Befürchtungen von Watkins und ließen aber auch klar werden, daß die möglichst rasche Erzielung von Fortschritten angesichts des Bevölkerungsdruckes und des in der breiten Masse immer drängender werdenden Wunsches nach

einem höheren Lebensstandard wirklich ein brennendes Problem darstellt.

Schon wenn man die im bisherigen Tagungsverlauf angeschnittenen Probleme überblickt, wird es verständlich, daß der Wunsch entstehen mußte, international im Gespräch zu bleiben und die in Erlangen gemachten Anfänge fortzusetzen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke, sich am Nachmittag im Rahmen einer vierten Arbeitsgruppe, deren Leitung Professor Dr. Clausing, Erlangen, übernahm, mit dem Problem der Gründung eines Internationalen genossenschaftswissenschaftlichen Forums zu beschäftigen. Wohlweislich wurde in diesem frühen Stadium der Besprechungen davon abgesehen, die Gründung selbst vorzunehmen und Einzelheiten der Satzung festzulegen. Nach eingehender und lebhafter Aussprache faßte man aber eine Resolution, die den übereinstimmenden Wunsch der Versammlung nach Gründung einer „Internationalen Gesellschaft zum Studium des Genossenschaftswesens“, der vorwiegend Vertreter der Wissenschaft angehören sollten, und — damit der Kontakt zur Praxis gesichert sei — nach einer Förderungsgesellschaft zum Ausdruck brachte. Außerdem wurde ein kleines Vorbereitungs Komitee — bestehend aus Professor Dr. Barbier, Schweiz, Professor Dr. Frietema, Holland, und Professor Dr. Henzler, Deutschland — gewählt, das sich um eine gründliche Klärung aller Vorfragen und Einzelheiten kümmern und bis zur nächsten Internationalen Tagung konkrete Vorschläge ausarbeiten soll.

Der Vormittag des 24. August, an dem zum letzten Male in Erlangen getagt wurde, gehörte wieder der Genossenschaftstheorie. Professor Dr. Robotka vom Iowa State College kam in seinem Vortrag „Der Nutzen der Genossenschaftstheorie“ zunächst auf den Wert ökonomischer Theorie schlechthin zu sprechen. Er betonte, daß es deren Aufgabe sei, ein Grundgerüst zur Erfassung der gewöhnlich sehr komplexen ökonomischen Phänomene zu geben und diese — was mit dem bloßen Zusammentragen von Tatsachen eben nicht geleistet sei — zu erklären, um schließlich zu brauchbaren Voraussagen zu kommen. Die Theorie — und Professor Robotka dachte dabei offensichtlich an die ökonomische Modelltheorie — müsse zwar oft abstrakt sein, stehe aber, wenn sie gut sei, niemals in Widerspruch zu den Tatsachen. Selbstverständlich müsse die Theorie wertfrei sein.

All dies gelte auch für die Genossenschaftstheorie als einen Zweig der allgemeinen Wirtschaftstheorie. Mit Bedauern stellte Robotka fest, daß nur ein kleiner Teil der Genossenschaftsliteratur Theorie in dem von ihm gemeinten Sinn enthalte. Der größte Teil der an sich reichlichen Literatur sei deskriptiv, historisch, statistisch oder institutionell.



Der Nutzen der ökonomischen Genossenschaftstheorie liege vor allem darin, daß mit ihr die allgemeine ökonomische Erkenntnis eine Erweiterung erfahre, im Hochschulunterricht dem Genossenschaftswesen mehr Rechnung getragen werden könne und der Genossenschaftspraktiker Erkenntnisse an die Hand bekomme, die ihm erlaubten, sich über die ökonomischen Folgen seiner Handlungen und das Gewicht ökonomischer Probleme klar zu werden.

Professor Dr. H. J. S e r a p h i m, Münster, entwickelte in seinem Vortrag „Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Wesen der Genossenschaften erfassen?“ die Auffassung, daß die Erarbeitung von ökonomischen Verlaufsmodellen nicht genüge. Es müsse vielmehr anschaulich-theoretisch oder gestalttheoretisch vorgegangen, zunächst ein Idealtypus der Genossenschaft gebildet und von ihm zum Realtypus vorgestoßen werden. Als konstitutive Merkmale des Idealtypus nannte Seraphim: Selbständigkeit der Wirtschaftszellen, die eine Genossenschaft bilden (was zugleich marktwirtschaftlich fundierte Ordnungen zur Voraussetzung habe), schwache Marktposition der einzelnen Wirtschaftszellen, Erkenntnis ihrer Schwäche und Bereitschaft der Unternehmer oder Haushalter zur Einordnung in eine organisierte Gruppe, um dadurch eine Erhöhung der Marktmacht zu erreichen. An Stelle des sonst üblichen homo oeconomicus habe der homo cooperativus zu treten.

Von diesem Idealtypus gelinge der Vorstoß zu Realtypen einmal durch Berücksichtigung metaökonomischer Zielsetzungen, welche die ökonomische Zielsetzung überlagern. Zum anderen seien die möglichen Modifikationen in der Einstellung der Mitglieder zu ihrer Genossenschaft, im Verhältnis der Mitglieder zueinander und im Verhältnis von Genossenschaftsleitung und Mitgliedern zu berücksichtigen. An realtypischen Gesamtstrukturen ließen sich demnach Genossenschaften mit ausschließlich ökonomischer Zielsetzung und Genossenschaften, die neben ökonomischen Zielen auch solche metaökonomischer Art verfolgen, unterscheiden. Der erste Realtyp, der heute immer mehr an Bedeutung gewinne, lasse sich untergliedern in a) einen Typ simultaner Leitungs- und Mitgliederaktivität, b) einen leitungsaktiven Typ mit entfalteter Dienstgesinnung, c) einen leitungsaktiven Typ mit beschränkter Dienstgesinnung, in welchem unter Umständen die Neigung bestehe, das Nichtmitgliedergeschäft um seiner selbst willen zu betreiben, und d) einen mitgliedsaktiven Typ.

Seraphim kam zu dem Ergebnis, daß der Realtyp a, der in der Wirklichkeit gar nicht so selten sei, dem Grundauftrag der Genossenschaft am besten entspreche. Er scheidet sich — wobei allerdings beachtet werden muß, daß Seraphim einen anderen Unternehmungsbegriff vor Augen hatte als Back — auch scharf vom Unternehmen.

Auch Typ b und der freilich nur beschränkt funktionsfähige Typ d seien Hilfsbetriebe der Gliedwirtschaften und nicht Unternehmen. Selbst der Typ c unterscheidet sich, obwohl schwächer und den Grundauftrag der Genossenschaften bereits verfälschend, noch stark von der Unternehmung.

Man darf sagen, daß Seraphim mit seiner beim Idealtypus beginnenden und zum Realtypus vorstoßenden Gestaltanalyse den engen Rahmen rein ökonomischer Modelltheorie, wie sie Robotka vertrat, mit Erfolg übersprang. An dieser Feststellung ändert auch die Tatsache nichts, daß man, wie manche Diskussionsredner zeigten, in Einzelheiten anderer Auffassung sein kann. Die Notwendigkeit gestalttheoretischer Analyse, welche allein die künstliche Isolierung der reinen Ökonomie zu überwinden vermag, bleibt unangetastet. Es muß deshalb als fast tragisches Mißverständnis bezeichnet werden, wenn — wie das die Diskussion auch enthüllte — bei einigen Tagungsteilnehmern der Eindruck entstand, Seraphim habe als reiner Ökonom gesprochen und einer ausschließlich ökonomischen Orientierung der Genossenschaften das Wort geredet. Zu wenig betonte Seraphim vielleicht, daß dem Vorstoß vom Idealtypus zum Realtypus der Vorstoß zu einer wirklichkeitsnahen Verlaufstheorie parallel gehen muß. Bei dieser letzteren Aufgabe hat — und hier wird die Möglichkeit eines Brückenschlages zur Auffassung Robotkas deutlich — die ökonomische Modelltheorie durchaus eine Funktion als Vergleichs- und Suchschema, als analytisches Instrument im Sinne Schumpeters.

Der letzte Tag der internationalen Veranstaltung versammelte die Teilnehmer in München, wo nach einer Begrüßung durch Dr. H o r l a c h e r, den Vorsitzenden des Kuratoriums des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen, und Wirtschaftsminister B e z o l d als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung der Präsident der Deutschen Genossenschaftskasse, H a r t m a n n, über „Die ethische und ökonomische Bedeutung des Genossenschaftswesens“ sprach. Präsident H a r t m a n n gab dabei eine eindrucksvolle Leistungsschau vor allem des deutschen Genossenschaftswesens. Alle in den vorangegangenen Tagen besprochenen Themen klangen in seinem Vortrag noch einmal an und ließen damit die geeignete Atmosphäre für die Schlußansprache von Professor Dr. W e i p p e r t, Erlangen, entstehen, in der dieser die Ergebnisse der Tagung resümierte und allen Teilnehmern, Mitwirkenden und Förderern der Tagung den Dank der Veranstalter aussprach.

Felix Lehnis · Erlangen